

Rheingauer Bürgerfreund

Erscheint Dienstags, Donnerstags und Samstags
an letzterem Tage mit dem illustrierten Unterhaltungsblatte
„Plauderbüchsen“ und „Allgemeine Würzer-Zeitung“.

Anzeiger für Eltville-Oestrich

Kreisblatt für den östlichen Teil des Rheingaukreises.

Expeditionen: Eltville und Oestrich.

Druck und Verlag von Adam Etienne in Oestrich und Eltville.

Fernsprecher No. 88

Abonnementspreis pro Quartal Mk. 1.24
= (ohne Trägerlohn oder Postgebühr.) =
Inseratenpreis pro sechsspaltige Petitzelle 15 Pf.

Grösste Abonnentenzahl
aller Rheingauer Blätter.

Grösste Abonnentenzahl in der
Stadt Eltville und Umgebung.

Nº 14

Donnerstag, den 31. Januar 1918

69. Jahrgang

Amtlicher Teil.

Bekanntmachung.

Beir. Erhebung über den voraussichtlichen Bedarf
an Arbeitskräften bei der Demobilisierung.

Bei Veranlassung der Kriegsamtstelle Frankfurt a. M. findet die vorgenannte Erhebung schon jetzt statt. Es handelt sich um eine vorzügliche Maßnahme, die feinerlei Schläge auf einen baldigen Frieden rechtzeitigen, die aber für den Fall des Friedens eine Übersicht gestatten soll. Ein Fragebogen, eine Erläuterung dazu und eine Verfügung des Kriegsamtstelle liegen gebracht vor. Die Handwerkskammer verfasst solche an die Innungen, Handwerksvereine und Vereinigungen, damit deren Vorstände innerhalb ihrer Organisation die erforderlichen Feststellungen machen, zusammenstellen und in den Fragebogen eintragen. Der Fragebogen ist ausgefüllt bis zum 5. Februar 1918 an die Handwerkskammer eingurten.

Für die Handwerksvereine hat die Handwerkskammer den Centralvorstand des Gewerbevereins für Nassau mit den erwähnten Drucksachen versehen, welche die Verteilung und Eingabe tätigen wird.

Für diejenigen Handwerke, die keiner der vorgenannten Organisationen angehören, sind die Fragebogen und Drucksachen zu haben:

Für Adelsheim und Umgegend bei Käfermeister J. Falz, Lill 1, Adelsheim, sowie bei der Handwerkskammer Wiesbaden, Adelsheimerstr. 13.

Diesen Nichtorganisierten ist in ihrem eigenen Interesse dringend zu empfehlen, sich schmunzlig in den Besitz der Drucksachen zu setzen, damit der Fragebogen spätestens am 5. Februar er bei der Handwerkskammer eingereicht ist. Ein Säumnis könnte erste Nachteile haben, besonders für diejenigen Handwerker, welche nach dem Kriege auf Überweitung von Arbeitskräften Wert legen. Außerdem wird die Erhebung auch für die Hochstoffsversorgung als Unterlage dienen können.

Wiesbaden, den 21. Januar 1918.

Die Handwerkskammer:

Der Vorsitzende: Carl Stens. Der Syndikus: Schroeder.

Erhöhung der Richtpreise für Serradellasaamen.

In der Sitzung der „Offiziellen Preiskommission für landwirtschaftliche Sämereien“, die am 12. Dezember 1917 im Ministerium für Landwirtschaft, Domänen und Forsten stattgefunden hat, ist mit Genehmigung des Kriegsbernhaltungsausschusses eine Erhöhung der Richtpreise für Serradellasaat vereinbart worden. Es gelten von jetzt ab an Stelle der in der Sitzung vom 7. Juli 1917 vereinbarten die nachstehenden Richtpreise:

Stufe 1	Stufe 2	Stufe 3	Stufe 4
Höchstverkaufspreis für 50 kg.			
für 50 kg.	der Händler von Händlern	der Händler von Händlern	der Händler von Händlern
an zum Verkauf	zum Verkauf	und beim Händler	und beim Händler
Verbraucher	Verbraucher	Import vom Auslande	Import von Produzenten

1. Serradella:

Mr. 100.— Wt. 92.— Mr. 85.— Wt. 80.—

Außerdem wurden folgende Beschlüsse gefasst:

1. In der gegenwärtigen Wirtschaftsperiode sollen weitere Richtpreiserhöhungen für irgendwelche Säanten keinesfalls stattfinden.
2. Der letzte Satz des ersten Abschnitts der Richtlinien erhält folgende Fassung: „Für nachweisbare planmäßige gesuchte Säanten, sowie für deren erste bis dritte Abzäten, soweit sie von der D. L. G. dem Landwirtschaftskammer, dem Bund der Landwirte und den offiziellen Saatgutanstalten anerkannt sind, gelten die festgelegten Richtpreise nicht, ebenso nicht für Säanten nach dem Auslande.“

Berlin, den 5. Januar 1918

Nahrungsamt des Landwirtschaftsministeriums.

Züchtige Leute.

Die Bolschewisten hielten sich in einer Löwenhaut, auf daß man sie für den König der Tiere halte; allenfalls und in Brest-Litowsk insbesondere. Soweit ihre harte Faust reicht, arbeiten sie mit Feuer und Schwert, und wer nicht will ihr Bruder sein, dem schlagen sie den Schädel ein. Wenn sie aber wieder mit Schiffskanonen noch mit Maschinengewehren etwas anhaben können, den verfolgen sie mit den Blitzeinschlägen ihrer Hunsprüche.

Gegen den unglaublichen König von Rumänien haben sie fürzlich einen Haftbefehl geschleudert, man erfuhr nicht recht warum. Vielleicht war er lediglich in seiner Eigenschaft als Monarch ein Greuel in ihren Augen, vielleicht hatte er sich durch ein unbedachtes Wort gegen die Revolution maximalistischen Geprägtes vergangen; genug, man sollte ihn festnehmen und den Beauftragten Venins aussiefern. Es ist nicht dazu gekommen, man hatte auch wohl dem gläubigen Volke nur zeigen wollen, daß selbst ein König nicht sicher sei vor der Allgewalt der Volkskommission. Jetzt aber haben diese Machthaber zu einem neuen Schlag ausgebaut. Sie erklären die diplomatischen Beziehungen zu Rumänien für abgebrochen, kündigen an, daß sie den schon einmal hinter Schloß und Riegel gebrachten Gesandten der Monarchie, Diamandi mit Namen, unverzüglich über die Grenze abschieben und

den in Wostau lagernden Goldschatz — in Verwahrung nehmen werden. Nicht für sich natürlich, auch nicht für die Republik der Bolschewisten, sondern für das rumänische Volk oder wenigstens für diejenigen seiner Bestandteile, die in ihrem Augen als „das Volk“ zu gelten haben. Also für die Arbeiter, Bauern und Soldaten, die allein nach dieser neuesten Lehre eine Daseinsberechtigung in der Welt genießen und die man nun wohl auch in Rumänien oder doch in denjenigen Gebieten, die von Rumänen übergeblieben sind, eine „Regierung der Räte“ bilden lassen wird, um abermals ein gefügiges Werkzeug für die Ziele der russischen Revolution in die Hand zu bekommen. Und um die ganze Aktion zu krönen, wird schließlich General Tschertatschew, der Oberbefehlshaber der russisch-rumänischen Front, als außerhalb der Gesetze stehend erklärt. Warum? Auch darüber gibt es eindeutig nur Vermutungen; jedenfalls mag er in dem jungen Herrn Krusenstern, den die Dame der Petersburger Machthaber vom Fähnrich zum Höchstkommandierenden erhoben hat, keinen militärischen Abgott anerkannt und irgendeinen seiner Befehle faltlädelnd beiseite gelegt haben. Dafür steht er nun „außerhalb der Gesetze“, was einen furchtbaren Klang hat — für denjenigen, der nicht zugleich außerhalb der Grenzen dessen weilt, dessen Sorn er sich zugesogen hat. General Tschertatschew wird schlimmstes in seinem Leben durchgemacht haben, und auch in Russland muß man den Kodeskandidaten erst haben, wenn man ihn hängen möchte. Ganz wie einst in den schönen Nürnberg! Über wie gelangt: Das Ganze sieht aus wie ein Spektakelstück für furchtlose Kinder, weiter nichts. Die Bolschewisten machen sich gar nichts daraus, geliebt zu werden; wenn nur angstloses Schlottern um sie her ist, sind sie schon zufrieden, denn mehr ist für sie doch unerreichbar. Also verbreiten sie Furcht und Schrecken, so viel sie können, und je entseinerregender der Ruf ist, der vor ihrem Regiment eingeschüchtert, desto wohler werden sie sich fühlen. Ihnen kommt es nur darauf an, alles einzuschüchtern, was sich ihnen in den Weg stellen könnte, und deshalb gefallen sie sich in einem Kraftmeierium, daß sie mit dem Schein der Unwiderrücklichkeit umkleiden soll. Im Grunde ein kindliches Vergnügen, das höchstens isoliert Gefahren in sich birgt, als es bei längerer Dauer schließlich in regelrechten Größenmahn umschlagen kann. Allein mit dieser längeren Dauer wird es in unserem Falle doch wohl klappen. Dazu sind die Verhältnisse in Russland ganz und gar nicht angetan.

In Brest-Litowsk wird man, das wollen wir jedenfalls hoffen, den neuesten Streich der Bolschewisten gebührend zu würdigen wissen. Herr Trotski wird dort kaum als ein Löwe angesehen werden, bloß weil er sich und sein Wiederkommen mit so mächtiger Stimme ankündigt.

Russlands Auflösung.

Von besonderer Seite wird uns gefürchtet: Der Fall Russlands in seine nationalen Bestandteile ist seit der Währungsumstellung sofort in Erzielung getreten. Gleichzeitig gelingt sich in der Bildung der Arbeiter- und Soldatenräte die Vorboten eines Umsturzes der alten sozialen Gliederung. Über erst die Oktober-Revolution der Maximalisten machte offenkundig, daß nicht eine Umlagerung der gesellschaftlichen Verhältnisse, aus der sich eine neue Gesellschaftsordnung hätte emporringen können, im Gange war, sondern eine völlige Verstümmelung aller Bestrebungen.

Von einem Aufbau ist seitdem nirgends mehr die Rede. Das Schwergewicht der bloßen Masse gelangte zur Herrschaft. Mehr und mehr gewannen aus ihr heraus die Kräfte die Oberhand, die keine anderen Grundlage kennen, als die Anwendung roher Gewalt. Was sich da unter dem Namen von Bolschewikern als Regierung gebärdet, hält sich nur dadurch am Stand, daß es die blinden Triebe der Masse zum alleinigen Prinzip der staatlichen und sozialen Wirklichkeit erhob. Um die ganze Fülle der Macht der arbeitenden Massen zu sichern und jede Möglichkeit zu entfernen, daß die Macht der Außenwelt wiederhergestellt wird, wird die Bewaffnung der Arbeitenden, die Bildung einer sozialistischen großen Armee der Arbeiter und Bauern und die gänzliche Entwaffnung der besseren Klassen verfügt: „In diesem Absatz der Declaration, deren unbefriedige Annahme der Verfassunggebende Versammlung zugemutet wurde, ist die ganze Staatsweisheit des maximalistischen Regiments zusammengefaßt. Worin die Arbeitenden ihre Aufgabe suchen, lassen die verlorenen drei Monate mit erstaunlicher Deutlichkeit erkennen. Wohldeste Verstümmelung verhindert nicht nur alles Gewonne, sondern auch alle Wurzeln, aus denen ein neues soziales und staatliches Leben sich entwirken könnte.“

Der Bolschismus hat die unermöglich schwere Schuld auf sich geladen, daß er das Volk nicht zu freier Veräußerung in geordneten Verhältnissen erzog und befähigte. Er wußte sich keinen anderen Rat als die Schneeballung jeder selbständigen Regierung.

Der letzte Sozialismus als sein Erbe ist im Grunde nur ein umgelebter Bolschismus. Auch er kennt kein anderes Mittel, um sich durchzusetzen und in der Macht zu erhalten, als die Gewalt und zwar die Gewalt in rober Form. Ihre Anwendung erfreut sich auf alle Schichten, die sich nicht unbedingt unter den Willen der mit Machtmitteln ausgestatteten Minderheit beugen. Leben, Eigentum und persönliche Freiheit gelten nichts. Täglich werden in unzähligen Sälen Plünderungen und Morde begangen. Auch die staatlichen Funktionen äußern sich in nichts anderem, als in der Unterdrückung auch der letzten Biegungen abwehrender Meinungen. Die Spaltung der Bevölkerung, deren Wahl von der maximalistischen Regierung selbst angeordnet war, ist nur das sichtbarste Zeugnis für das Wanken des Prinzipes der Erziehung jedes Eigentums und der sinnlosen Vernichtung aller organischen Neugestaltung des Staates. Im Grunde hat dieser überwältig zu bestehen aufgebaut und Russland wäre für einen böswilligen Nachbar eine leichte Beute. Die Schilderungen von Augenzeuge über die Auflösung aller öffentlichen Ein-

richtungen nicht bloß, sondern auch jeder geregelten privaten Tätigkeit werden durch die Buntspurche der Petersburger Regierung untreimlich in vollem Umfang bestätigt. Bekannt ist die bewegliche Auflösung an die Eisenbahnen, ihre Flucht zu tun und die Armeen an der Front vom Hunger zu retten. Aber nicht allein die Front leidet furchtbare Not. In einem Buntloric vom 17. d. Wk. heißt es: „Es haben zu unterbleiben Ordnungswidrigkeiten und Mangel an Unterordnung auf den Eisenbahnen. Abfertigungen von Lokomotiven und Eisenbahnwagen. Haussierer und Spekulanten. Gewalttaten gegen die Angestellten, Bänkertum und eigenmächtiger Transport von Lebensmitteln drohen der Front und dem Land unberechenbaren Schaden zu bringen. Von allen Eisenbahnen laufen Nachrichten über Stromunterbrechungen, die durch Soldaten und andere Personen veranlaßt werden. Die Eisenbahnen befinden sich in der Gewalt der Masse. Die Eisenbahnwagen werden ihrer Ladung beraubt. Eine solche Anarchie auf den Eisenbahnen hat den Wagenverkehr völlig gestört, was sich in verderblicher Weise in der Proviantversorgung der Bevölkerung, der hungrigen Gouvernements und der Armeen an der Front geltend macht, indem es unsagbare Mängel hervorruft.“

Die gleiche Anarchie aber betrifft offenlich auf allen Gebieten der öffentlichen Tätigkeit. Wohl zu verstehen ist, daß in welchen Schichten der Bevölkerung Russlands nur ein Gedanke lebendig ist, der Gedanke einer möglichst schnellen Erfüllung von dem gegenwärtigen Regiment, dessen „Freiheitlichkeit“ sich in der Unterdrückung und, bei dem genügenden Widerstand, in der Vernichtung von Leib und Leben, in der Entfestigung niedrigster Begierden und Errichtung aller aufbauenden Regungen äußert. Und mit den „Segnungen“ dieses Regiments will die maximalistische Regierung die von Russland fortstrebenden Gebiete — Finnland, Estland und die Ukraine sind Beispiele dieser Gemüths — beglüten. Ihnen wollen sie das „Selbstbestimmungsrecht“ gegenüber Deutschland sichern. Welcher Art dieses „Recht“ in Wirklichkeit ist, zeigen die Vorgänge im eigentlich Russland so nachdrücklich, daß die Rundschläger schwerlich Verlangen danach tragen, sich dieser Prozedur zu unterziehen.

Anarchie in Finnland.

Maximalisten gegen das Bürgertum.

Nach Stockholmer Berichten herrscht in Finnland vollkommen Anarchie. Die Petersburger Maximalisten hatten erklärt, sie seien genötigt, ihren Grundsätzen gemäß, die finnischen Revolutionäre gegen das Bürgertum zu unterdrücken. Welche Schreckensherrschaft die Maximalisten in Finnland ausüben, zeigt folgende Meldung aus Stockholm:

Der finnische Senat wurde von den finnischen Bolschewiken, unterstützt durch die Marinetruppen der Sowjet, aufgelöst. Der Senat protestierte gegen die Einnahme russischer Soldaten und Matrosen in die inneren Angelegenheiten Finlands. Der Präsident des Senats wurde verhaftet.

Der Senat hatte ein Ultimatum an die russische Regierung gerichtet, mit der Auflösung, die Lieferung von Waffen an die finnischen Banditen, die gemeinsam mit den russischen Soldaten das Land verheerten, einzustehen.

Verschärfung der Lage in Finnland.

Helsingfors, 20. Jan. Die Lage in Finnland spitzt sich kündlich zu. Die beiderseitige Erditterung wächst. Ein Vorfall eines Kriegsschiffes in Helsingfors und zwischen Mitgliedern der Regierung und dem sozialistischen Abschluß des Österreitkette eine Zusammenkunft statt. Der Matrosenausschuss forderte vom Senat die Auslieferung der Waffen der Bürgergarde an die Rote Garde, andernfalls würde Helsingfors dem Erdoden gleichgemacht. Als die Sitzung um 4 Uhr morgens schloß, war es dem Präsidenten gelungen, von den Anwesenden das Versprechen zu erhalten, zur Verhüllung durch den Gewitter beizutragen. Von den Zeitungen erscheint nur noch die der Roten Garde. Viele Rote Gardisten sind nach Petersburg abgereist, um dort Aufschluß zu erhalten.

Flucht des schwedischen Gesandten in Finnland.

Stockholm, 29. Jan. „Utonbladet“ meldet aus Helsingfors, daß der neuernannte schwedische Gesandte in Finnland nach Tornio geflüchtet und nach Stockholm unterwegs sei. Der Landbaudirektor Hekel in Wasa sei mit besonderem Auftrag nach Schweden abgereist.

Gegenangriffe gegen die Polen in Orsha.

Der Generalissimus Krusenstern brachte ein Radiogramm zur Kenntnis der Volkskommission, daß schleunigste Maßnahmen zur Vertreibung der polnischen Truppen im Gouvernement Orsha von den Punkten, die sie befreit halten, und die allgemeine Entwaffnung der polnischen Legionen anordnet.

Hungerrevolten in Petersburg.

Aus Petersburg wird berichtet, daß die Stadt seit zwei Tagen gänzlich ohne Brot ist. „Raschi Wiedomost“ teilt mit, daß die Straßen der Hauptstadt von Gruppen bestehend aus 500–1000 Personen durchzogen werden. Die Demonstranten rufen nach Brot; sie tragen Blaupfe mit der Aufschrift: „Gebt uns Brot!“ Aus dem Admiraltätsviertel kamen über 4000 Personen zu dem Kommandanten des 2. Bezirks, die ihre tägliche Brotration seit vier Tagen nicht erhalten hatten. Der Kommandant begab sich mit der Volksmenge unter dem Schutz der Roten Garde nach der Nowowolotska-Straße Nr. 20, wo große Mehvorrate vorgefunden wurden. Das Brot wurde sofort verteilt und jeder erhielt ein viertel Pfund. In verschiedenen Stadtteilen wurden alle Bäckereien geplündert.

Massenverhaftungen in Moskau.

In Moskau wurden alle Mitglieder des sozial-

revolutionären Komitees von Moskau und dessenigen der Provinz Moskau gefangen gesetzt. Die Maximalisten drohten weitere Verbannungen an, falls die Kundgebungen gegen die Petersburger Regierung fortgesetzt würden.

Die Entscheidung Tschischis.

"Daily News" erahnen aus Petersburg: "Es ist eine Spaltung unter den Bolschewiki eingetreten. Die Widerheit ist der Ansicht, daß die Schwächung und Isolierung Russlands zu einem Sonderfrieden anlingt; die Mehrheit eindeutig des linken Flügels der Sozialrevolutionären ist bereit, die deutsche Herausforderung anzunehmen und in eine Periode der revolutionären Verteidigung einzutreten. Die lezte Entscheidung liegt bei Tschischis."

Demobilisierung der ukrainischen Front.

Das ukrainische Bureau meldet: Die Rada hat die Demobilisierung der ukrainischen Front angeordnet. Diese findet unter dem Widerstand der dort befindlichen Bolschewiktruppen statt. Die Bolschewiki besetzen Charkow und Poltawien. Gegen Poltawien marschiert ein großes Aufgebot der Rada. Bei den Kämpfen zwischen den Bolschewiki und den Ukrainern an der ukrainischen Front siegten die Ukrainer.

Kischinew von Rumänen bombardiert.

Genf, 20. Jan. Aus Petersburg wird gemeldet: Rumänische Truppen haben Kischinew umzingelt. Die Stadt steht unter Artilleriefeuer. Die Verluste der Rumänen wie der Bolschewiki sind sehr groß.

Eine Neutmeldung aus Petersburg besagt: Der rumänische Konsul und 14 Leute seines Personals sind gestern in Kischinew von den Bolschewiki verhaftet worden.

Eine rumänisch-bolschewistische Regierung.

Budapest, 20. Jan. Der rumänische Sozialdemokrat Skafowski, der in Odessa lebt, hat von dort aus eine rumänisch-bolschewistische Regierung gebildet, die König Ferdinand absetzt und sich selbst zum Diktator macht. Skafowski wurde seinerzeit von der rumänischen Regierung verhaftet und später infolge Amnestierung freigegeben.

Der Bruch mit Rumänen.

Petersburg, 28. Jan. Die rumänische Gesandtschaft erhält um 2 Uhr nachmittags den Befehl, Russland binnen zehn Stunden zu verlassen. Die Abreise erfolgte um Mitternacht nach Stockholm.

Wieder in Brest-Litowsk.

Nue Verhandlungen.

Herr v. Kühlmann und Graf Egerin, die Friedensverhandler Deutschlands und Österreich-Ungarns, sind wieder in Brest-Litowsk eingetroffen, und da auch das Erscheinen des russischen Volkskommissärs Tschischis in diesen Tagen angesagt war, ist mit der abschuldigen Aufnahme der unterbrochenen Verhandlungen zu rechnen. Herr Tschischis soll angeblich neue Vollmachten und Institutionen mitbringen. Ob die russischen Vertreter mit Tschischis an der Spitze nunmehr eine entgegengesetzte Haltung als vor der Vertragung einnehmen werden, läßt sich noch nicht abschließen. Nur davon aber wird die größere oder geringere Wahrscheinlichkeit eines günstigen Ausgangs der Verhandlungen abhängen.

Tschischis will nicht nachgeben.

Nach einer Meldung aus Petersburg erstattete Tschischis vor dem Generalkongress der Arbeiter- und Soldatenräte in Petersburg einen Bericht über den Stand der Friedensverhandlungen. Tschischis beweist in diesem Bericht die Möglichkeit einer Verständigung, da die Delegierten der Befreiungsarmee angeblich rein kapitalistische Interessen vertraten und den "freiheitlichen" Forderungen der maximalistischen Delegierten nur scheinbare Befriedigungen machten. Die russische Delegation in Brest-Litowsk werde unbedingt auf ihren Standpunkt verharren und den Kampf gegen den internationalen kapitalistischen Block zäh und unbeirrt fortführen. — Infolge dieses Vertrags greift das linkssozialistische Blatt "Magazin Gorkis" "Rouje Schiin" Tschischis festig an und sagt, er mitschreibe eine so wichtige Sache wie die Friedensverhandlungen zu parteipolitischen Zwecken.

Serben in Brest-Litowsk?

"Nowaja Schiin" teilt mit, daß außer den Vertretern von Serbien auch Vertreter der selbständigen Freistaaten Sibiriens, Turkestan und des Donogebietes nach Brest-Litowsk reisen werden. Auch drei Vertreter Serbiens befänden sich bereits auf dem Wege nach Brest-Litowsk.

Die Stadt der Friedensverhandlungen.

Aus Brest-Litowsks Vergangenheit.

Die Kreisstadt Brest-Litowsk im Gouvernement Grodno hat den Titel "Stadt des Ruhmes" (Ir Tchilla), der ihr schon 1885 in einem in hebräischer Sprache erschienenen, die Geschichte der jüdischen Gemeinde des Ortes behandelnden Buche gegeben wurde, sich erst jetzt wirklich verdient. So ganz neuen Gepräges ist aber dieser Ruhm trotzdem nicht, denn Brest-Litowsk hat auch schon in früheren Jahrhunderten eine nicht unwichtige geschichtliche Rolle gespielt.

Die Gründungszeit der Stadt, die ursprünglich an der Mündung des Muchawez in den Bug gelegen war, wird in das 10. Jahrhundert verlegt, und als Gründer werden die Bugslaven angesetzt. Urkundlich geschildert der Stadt zum erstenmal im Jahre 1015 Erwähnung, und zwar unter ihrem ursprünglichen Namen "Beresia", was Wirklichkeit bedeutet. Beresia wurde mehrmals verwüstet und wechselte ebenso oft den Herrscher, bis die Stadt in der ersten Hälfte des 14. Jahrhunderts der Macht der Litauer unterlag. Ihren heutigen Namen Brest-Litowsk (polnisch: Brzezce Litewskie) erhielt die Stadt jenseitens nicht vor 1840, wo dieser Name in der Bezeichnung "Litauisches Brest" zum erstenmal zum Ausdruck kam. In den Kämpfen der Litauer gegen den deutschen Ritterorden in der ersten Hälfte des 15. Jahrhunderts erlebte Brest schon einmal einen Friedensschluß in seiner Mitte und zwar 1435, im Todesjahr des ersten Jagellonen. Im Jahre 1511, nach der Niederwerfung des Aufstandes des Fürsten Glinis, hielt der polnische König Sigismund I. einen Fürstentag in Brest ab, auf dem verschiedene wichtige Verträge geschlossen wurden. Für das damalige hohe Ansehen der Stadt spricht, daß im Jahre 1589 der einflußreiche und in Litauen vollständig residierende Fürst Nikolaus Christopher Radziwill seine Residenz nach Brest-Litowsk verlegte. Während des polnisch-schwedischen Krieges wurde Brest-Litowsk von den schwedisch-brandenburgischen Truppen des Grafen Waldeck, der dort vierzig polnische Geschütze erbeutete, überfallen. Als bedeutendes geschichtliches Ereignis kann die 1595

und 1596 in Brest-Litowsk abgehaltene Synode angesehen werden, auf der den langjährigen Kämpfen zwischen den Anhängern der römisch-katholischen Kirche und den Kuthen als orientalischen Orthodoxen durch den Beschluß der Vereinigung ein Ende gemacht wurde. Im Jahre 1793 führte Suworow bei Brest-Litowsk einen niederländischen Überfall auf die gegnerischen Ulanen aus.

Im russisch-preußischen Vertrage vom 23. Januar 1793 über die zweite Teilung Polens fiel Brest-Litowsk an Russland, das es 1795 zu einer Kreisstadt des ehemaligen Gouvernements Słonim und 1801 zu einer solchen des Gouvernements Grodno machte. Nach der dritten Teilung Polens wurde Russland Aufmerksamkeit auf Brest-Litowsk als einen wichtigen strategischen Punkt gelenkt. Seine Feld- und seine provisorischen Befestigungen wurden verstärkt. Im Jahre 1807 gestaltete Ingenieur-General Suckow Brest-Litowsk zum Stützpunkt der Verteidigung der russischen Westgrenze und arbeitete einen Plan für den Bau einer neuen Festung aus. Er kam nicht zur Ausführung und ebenso wenig ein späterer Plan des Leiters des polnischen Ingenieurkorps. Eine völlige Niederlegung erfolgte aber Brest-Litowsk auf den fatale Befehl des Generals Nikolaus I. Im Jahre 1830 war bereits das letzte Wohnhaus der alten Stadt niedergelegt. Der Aufbau der neuen Stadt, der auf einem östlich von der Festung in 1200 Meter Entfernung angelegten Platz erfolgen durfte, geschah nach einem Plan der russischen Regierung, der zwei Vorstädte der Festung vorzah: die Kobriner und die Wolnitscher Vorstadt. Aus der Kobriner Vorstadt ist dann allmählich die heutige Stadt Brest-Litowsk entstanden, die im Jahre 1912 mehr als 57 000 Einwohner (die Hälfte Juden) zählte. Die Festigungsarbeiten für die Festung von Brest-Litowsk wurden noch in den Jahren 1859 bis 1869 vom General Lotteben ausgeführt. Auch die Generale Kropotkin und Suchomlinow erhielten Befehlungen, um Brest-Litowsk als Festung zu verstärken.

In der Nacht vom 25. auf den 26. August 1915 zogen die verbündeten deutsch-österreichischen Truppen unter dem Generalobersten von Mackensen in Brest-Litowsk ein, und es bot ihnen hier ein Bild der Vernichtung . . .

Die Streitbewegung.

Anteilnahme der sozialdemokratischen Abgeordneten.

Berlin, 20. Januar. Die Aufstandsbewegung, zu der in Flugblättern unbekannter Herkunft aufgerufen worden war und die am gestrigen ersten Tage nur geringen Umfang hatte, ist heute allgemeiner geworden. Allem Anschein nach ist die Haltung der sozialdemokratischen Partei, die Mitglieder in die Streitleitung wählen ließ, nicht ohne Einfluß geblieben. Im Laufe des heutigen Tages streikten in Groß-Berlin etwa 400 000 Personen, vorwiegend aus der Flüchtlingssiedlung, doch waren auch andere Betriebe in Mitleidenschaft gezogen. In den streikenden Betrieben wurden, dem B. T. folge, Delegierte gewählt, die sich zu einem Arbeiterrat zusammengezogen haben, der aus 500 Arbeitern besteht. Dieser hat einen Aktionsausschuß gebildet, der aus 10 Arbeitern und einer Arbeiterrätin besteht. Hinzugezogen wurden die Reichstagsabgeordneten Haase, Ledebour und Dittmann von der Unabhängigen Sozialdemokratie und die sozialdemokratischen Abgeordneten Scheidemann, Ebert und Braun. Eine Deputation von fünf Arbeitern und vier Abgeordneten sollte mit dem Staatssekretär des Innern Wallraf über die Ausarbeitung der Verhandlungsverträge verhandeln. Der Staatssekretär lehnte es zunächst ab, die Deputation zu empfangen, da das Verhandeln mit den Arbeitern zu unerlässlichen Konsequenzen führen könnte. Die Versuche, mit der Regierung zu verhandeln, werden von den Arbeitern fortgesetzt.

Mahnung an die Arbeiter.

Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung schreibt u. a.: In Berlin und an einzelnen Stellen im Reiche haben Arbeiter den heutigen Augenblick zu dem Versuch benutzt, durch Niederlegen der Arbeit auf die Regierung einen politischen Druck auszuüben. Ein von den Streikenden in Berlin gebildeter Ausschuß hat Forderungen aufgestellt, die sich unter andern auch mit innerpolitischen Fragen befassen. Soweit sich darin ein Zweifel an der Entscheidlosigkeit der Regierung ausdrückt, die von ihr angekündigten Reformen im Innern durchzuführen, geben sie von einer völlig falschen Voraussetzung aus.

Was die gleichfalls in den Forderungen berührten Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk betrifft, so sind sich die streikenden Arbeiter vermutlich nicht darüber klar, daß ihr Verhalten zu dem Gegenteil dessen führen muß, was sie erreichen wollen. Statt die Verhandlungen über den Frieden zu fördern, erschweren und verschleppen sie deren Verlauf. Die Regierung muß erwarten, daß die streikenden Arbeiter sich bei ruhiger Überlegung baldigst von der Schädlichkeit ihres Verhaltens überzeugen und zu ihrer Arbeit zurückkehren, die für jeden eine heilige Pflicht gegen das Vaterland ist.

Das Pflichtbewußtsein, mit dem unsere Arbeiter sich

bisher um das Volkswohl verdient gemacht haben und das sie in ihrer erdrückenden Mehrheit auch heute noch

dem Vaterlande beweisen, wird das seines dazu bei-

tragen, um die Streitbewegung baldigst zu Ende zu bringen.

Nach den vorliegenden Meldungen aus den verschiedensten Teilen des Reiches ist es bisher nur zu vereinzelten Arbeitseinstellungen gekommen. In Dresden z. B. wie in vielen anderen deutschen Städten ist nicht der Versuch ge- macht worden, an dem Streit teilzunehmen.

Im Reiche

hat nach der "Tägl. Rundsch." die Bewegung bis Dienstag nachmittag nur wenig Fuß zu fassen vermögen. So streikten beispielsweise im westlichen Kohlengelände von einer Million Arbeitern nur 5000 Mann, wesentlich höhere Zahlen melden nur Nürnberg und Fürth. In einzelnen wird noch bekannt, daß im niederhessischen Industriegebiet, soweit die Düsseldorfer Gegend in Frage kommt, bei einer Industriebevölkerung von 3 Millionen Menschen und etwa 700 000 Schwerarbeitern höchstens 200 Mann gestreikt haben. Bei Krupp fehlten von 60 000 Arbeitern der Tagesdienst nur etwa 200 Mann, in anderen Betrieben mit 8000 Mann Belegschaft 12 Arbeiter.

Keine Zeitungen infolge des Streikes.

Berlin, 30. Jan. In Berlin hat die Streitbewegung weiter an Ausdehnung gewonnen und hat nunmehr auf die Zeitungsbetriebe übergegriffen. Heute morgen konnte ein großer Teil der Zeitungen bereits nicht mehr erscheinen, da das Hilfspersonal die Arbeit eingestellt hat. Die heutige Morgennummer des "Berliner Tageblattes" ist überhaupt

nicht mehr ausgegeben worden. Die "Börsische Zeitung" erschien in stark verkleinerter Ausgabe, der "Volk-Anzeiger" erst um 10 Uhr vormittags. Die Drucklegung eines großen Teiles der anderen Tageszeitungen konnte überhaupt nicht erfolgen. Im Laufe des Tages hat sich die Ausstandsbewegung soweit organisiert, daß ein Erscheinen der Berliner Zeitungen heute nicht mehr in Frage kommt.

Das Verlangen nach Einberufung des Reichstages.

(S) Berlin, 30. Jan. Wie das "B. T." hört, hat die sozialdemokratische Fraktion bei dem Präsidenten des Reichstages die sofortige Einberufung des Reichstags beantragt. Begründet wird dieser Antrag mit der unruhigen Lage, die durch die Streitbewegung geschaffen worden sei.

Ein Flugblatt Hindenburgs.

An die streikenden Arbeiter wendet sich ein Flugblatt, das in den Straßenbahnen und an den Litfaßsäulen angebracht und gestern früh auch in den Straßen verteilt wurde. In diesem Flugblatt gibt Feldmarschall Hindenburg seine Meinung und, daß jede noch so unbedeutende Arbeitsseitstellung eine unverantwortliche Schwächung unserer Verteidigungskräfte und eine unschöne Schuld am Heere, insbesondere an dem Mann im Schützengraben, bedeutet

Deutscher Fliegerangriff auf London.

Heftige Kämpfe an der italienischen Front.

Mitteilungen des Wolffischen Telegraphen-Bureaus.

Großes Hauptquartier, 29. Januar.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht. An verschiedenen Stellen der Front Artillerietätigkeit.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz. In der Champagne entwölften sich lebhafte örtliche Kämpfe.

Beiderseits der Straße St. Hilaire-St. Souplet schiellerten am Morgen kleinere französische Angriffsunternehmungen. Unsere Stellungen zwischen den von Somme- und Aisne nach Südosten führenden Straßen lagen am frühen Nachmittage unter beständigem feindlichen Feuer. Unter seinem Schuh stieß französische Infanterie mit Flammenwerfern zu starken Erfolgen gegen mehrere Stellen der Front vor. Mit schweren Verlusten wurde sie zum Teil vor unseren Hindernissen, zum Teil im Nahkampf zurückgeworfen. Einige Gefangene blieben in unserer Hand, mehrere Flammenwerfer wurden erbeutet.

Heftige Fliegeraktivität führte zu zahlreichen Luftkämpfen. Wir schossen gestern 18 feindliche Flugzeuge und 1 Heliablon ab.

London und Scheernich wurden erfolgreich mit Bomben beworfen.

Französische Flieger setzten ihre Angriffe gegen unsere Lazarette fort. Während im Monat Dezember die Lazaretten von Reihen mehrfach Ziel ihrer Bombenabwürfe waren, griffen sie in den letzten Tagen die Anlagen von Abres (östlich von Conflans) an.

Italienische Front.

Auf der Hochfläche der Sieben Gemeinden ist von neuem heftiger Kampf entbrannt. Die Italiener griffen gestern in den Abschnitten östlich von Asiago bis zur Brenta mit starken Kräften an. Am Monte Sisemol und westlich davon im Feuer zusammen; der Monte di Val Bella, auf dem sie vorübergehend Fuß fassen konnten, wurde ihnen im Gegenseitig wieder entrissen. Ebenso waren unsere Verbündeten den im Gebiet des Col del Rossio sowie zwischen der Frenzella-Schlucht und der Brenta anstürmenden Feind nach schweren Kämpfen zurückgeworfen. Wiederholte Versuche des Feindes, örtliche Einbruchstellen durch Einhol seiner Reserven zu erweitern, scheiterten unter blutigen Verlusten. Beim Ossiatore und 850 Mann wurden gefangen.

Eines unserer Bombengeschwader warf in der Nacht vom 26./27. Januar mit guter Wirkung 21 000 Kilogramm Bombe auf Castelfranco, Treviso und Mestre. Große Brände waren weit hin sichtbar.

Von den anderen Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Der Erste Generalquartiermeister Ludendorff.

Unsere Flieger wieder über London.

Mitteilungen des Wolffischen Telegraphen-Bureaus

Großes Hauptquartier, 30. Januar.

Westlicher Kriegsschauplatz.

An verschiedenen Stellen der Front Artillerie- und Minenwerkerkämpfe. — Die Infanterietätigkeit blieb auf Erfolglosigkeit beschränkt.

Unsere Flieger führten erfolgreiche Angriffe auf England und die französische Nordküste durch. London und Southend sowie Dünkirchen, Graveline und Calais wurden mit Bomben beworfen.

Im Luftkampf wurden gestern 8 feindliche Flugzeuge und 2 Fesselballone abgeschossen.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Nichts Neues.

Macedonische Front. Der Vorstoß feindlicher Kompanien gegen bulgarische Feldwachtstellungen nordöstlich vom Doiransee wurde abgewiesen.

Italienische Front.

Auf der Hochfläche von Asiago haben die Italiener in starken Kräften ihre Angriffe fortgesetzt. Im Gebiet des Monte Sisemol sind sie unter schweren Verlusten gescheitert. Der Monte di Val Bella und Col del Rossio blieben nach hartem Kampf in der Hand des Feindes.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

Der letzte Fliegerangriff auf London.

(S) London, 30. Jan. (Reuter.) Gestern abend fand ein Luftangriff statt, der länger als alle bis jetzt ausgeführten war. Er dauerte ununterbrochen fünf Stunden. Das Geschützfeuer war kräftiger, das Knattern der Maschinengewehre deutlicher als gewöhnlich, und nur die fortlaufende Tätigkeit der englischen Flieger, die mit den Angreifern kämpften, veranlaßte Pausen von wechselnder Dauer. Dann brach das Feuer wieder von neuem aus, wenn wieder eine neue Gruppe Maschinen erschien.

London, 30. Jan. (Reuter.) Amtlich wird gemeldet: Die Verluste bei dem Lustangriff gestern nach be- trugen 14 Männer, 17 Frauen, 16 Kinder tot, 93 Männer, 59 Frauen und 17 Kinder verwundet. Mit Ausnahme eines Toten und sieben Verwundeten kam es zu keinem Verlust in London. Der Schaden ist nicht bedeutend.

Neue Beutezahlen.

Ein anschauliches Bild unserer militärischen Überlegenheit gegenüber dem Massenaufgebot unserer Feinde gibt eine Gegenüberstellung der kriegerischen Erfolge, welche die Mittelmächte und der Bünderverband im gleichen Zeitraum vom 1. Dezember 1917 an zu verzeichnen haben.

	Mittelmächte	Bünderverband
Gefangene	45 000	5 401
Geschütze	243	11
Maschinengewehre	1 000	204
Minenwerfer	85	8

Die Ziffern auf Seiten des Bünderverbandes entstammen den amtlichen feindlichen Heeresberichten.

Großer Kriegsrat der Verbündeten.

In Paris findet also eine große politische Konferenz der Mittelmächte (ohne Amerika) statt, an der die Ministerpräsidenten Lloyd George, Clemenceau und Orlando sowie der französische Außenminister Bichon und der italienische Sonnino teilnehmen. Die politischen Verhandlungen in Paris sind zunächst eine Fortsetzung der Besprechungen, die soeben in London zwischen Lloyd George und Orlando stattgefunden haben und die nach Paris verlegt werden, weil sich Clemenceau anscheinend zu all zum Reisen fühlt. Der erste Programmzweck wird also von den italienischen Kriegszielbeschwerden gebildet, und deshalb kommt auch Sonnino nach Paris. Es ist möglich, daß die Erklärungen Lloyd Georges (an die englischen Arbeiter) in Paris eine Ergänzung erfahren werden. Der Rest ist dann — die Beratung über die Fortsetzung des Krieges.

Kleine Arzelspost.

Bern, 29. Jan. Nach dem "Berner Tagblatt" wird die englische Regierung dieser Tage den unabhängigen Judentum in Palästina mit der Hauptstadt Jerusalem proklamieren. Die heiligen Stätten sollen neutralisiert werden.

Konstantinopel, 29. Jan. Zwischen den türkischen und ukrainischen Vertretern in Trebitschow sind Sonderbesprechungen statt, die eine grundsätzliche Vereinbarung in den wichtigsten schwierigen Fragen ergeben.

Genf, 29. Jan. In einem Artikel der "Newark World" wird erklärt, Österreich-Ungarn könne mit den Vereinigten Staaten durch die spanische Botschaft oder schwedische Gesandtschaft in Wien verhandeln.

Der Krieg zur See.

Unsere tägliche U-Boot-Strecke.

Amtlich wird gemeldet: Unsere U-Boote sägten den Feinden wiederum einen Verlust von 18 000 Br.-Reg.-T. Handelsfahrtrum zu.

Drei große Dampfer wurden unter der irischen Küste versenkt, zwei von ihnen fuhren in einem durch Seetörner stark gesicherten Geleitzug. Einer der Dampfer war der bewaffnete englische Dampfer "Magton" (3840 Br.-Reg.-T.).

Der Chef des Admiralsstabes der Marine.

30 000 Tonnen!

* Berlin, 29. Jan. (WTB Amtlich) Neue U-Bootserfolge im mittleren und östlichen Mittelmeer: 8 Dampfer und drei Segler mit rund 30 000 Br.-Reg.-T. Die Mehrzahl der Dampfer war tief beladen und befand sich teils in stark gesicherten Geleitzügen, teils einzeln mit Unterseebootserüber- und Nachdampferbedeckung fahrend, auf dem Wege nach Italien bzw. dem Orient.

Versenkte Lebensmittelschiffe.

Unter den U-Boots-Erfolgen dieses Monats befinden sich Verlusten, die für die Engländer besonders schmerlich sind. "Daily Chronicle" berichtet über den Verlust eines Lebensmittelschiffes, das einige Tage zuvor einen englischen Hafen erreicht hatte, jedoch ohne entladen zu haben, den Befehl erhielt, nach einem anderen Hafen zu fahren. Auf dem Wege dorthin wurde es torpediert. So ging das wertvolle Schiff mit Ladung verloren. Weiter berichtet die "Times" über zwei ähnliche Fälle. Von den verlorenen Dampfern hatte einer Tee, der andere 4000 T. Fleisch geladen. Beide hatten im ersten Hafen mangels Entlademöglichkeiten nicht loschen können. Die Erregung unter der englischen Bevölkerung war groß; denn man rechnete nach, daß mit der versenkten Fleischmenge nach deutschen Verhältnissen 16 Millionen Menschen, d. i. über ein Drittel der englischen Bevölkerung, eine Woche lang mit Fleisch hätte verorgt werden können.

Die verringerte Fischerflotte.

Von 8000 Fischerfahrzeugen der englischen Küste sind nur etwa 400 für den Fischfang freigegangen, die übrigen stehen im Marinendienst. Im Minenabschluß verloren die Engländer ungefähr 1700 Schiffe und etwa 25 000 Mann.

Der U-Boot-Krieg entscheidend.

* Diese Ansicht gewinnt in England trock aller Regierungserklärungen an Boden. So schreibt das Blatt "Nation":

Die 18 großen Dampfer, die in der Statistik der Admiraltät über die erste Januarwoche als versenkt angegeben werden, sind die ernstlichsten Faktoren des heutigen Krieges. Der Schiffsabschluß in unseren Häfen war während der verlorenen Woche kleiner, als es seit langer Zeit der Fall war. Die Anzahl der versenkten großen Schiffe bleibt durchschnittlich auf derselben Höhe und steht schlecht zu den englischen und französischen Versicherungen, wonach der U-Boot-Krieg ein Schlußfolgerung sein soll!

"Nation" ist der Meinung, daß der U-Boot-Krieg die entscheidende Kraft der gesamten militärischen Lage sei. Das ist oft genug gesagt worden, die Engländer wollten es aber nie zugeben. Späte Einsicht ist immerhin besser als gar keine.

U-Bootgefahr für die feindliche Munition.

General Ludendorff sagte vor einiger Zeit, daß unser U-Boot-Krieg von starkem Einfluß auf die Munitionserföhrung unserer Feinde sei. Der englische Munitionskommissar Churchill sprach von einem Minus von Hunderttausenden von Tonnen Granaten. Folgende Tatsachen liegen vor: Von 1. Februar bis Ende Dezember 1917 sind 27 Truppentransportdampfer und 205 Schiffe mit Kriegsmaterial versenkt worden, darunter 97 Schiffe mit Munition und anderem fertigen Kriegsmaterial. Was die Entente hier verloren hat, würde genügen, um den Munitionsbedarf von 50 Divisionen zu 15 000 Mann bei normaler Gefechtsfähigkeit oder den Bedarf von 25 Divisionen bei Großkampftätigkeit zu decken.

Von Freund und Feind.

[Allerlei Draht- und Korrespondenz-Meldungen.]

Beginn der Ententekonferenz.

Genf, 29. Jan. Die erste Sitzung der Ententekonferenz hat unter dem Vorsitz Clemenceaus stattgefunden. Lord George, Orlando, der italienische General Alieri, der englische General Wilson, der französische General Douy u. a. nahmen an der Sitzung teil. Hauptaufgabe der Konferenz ist die Verfehlung der Friedensziele der Entente. Die Erklärungen Berlins und Caenins sollen gemeinsam endgültig beantwortet werden.

Clemenceau als Friedensführer.

Genf, 29. Jan. Der französische Sozialistführer Renaudel greift in der "Dumainie" Clemenceau scharf an, weil er seinen Einfluß in England geltend gemacht habe, um die englische Regierung zu bestimmen, von ihrer wohlwollenden Haltung einem baldigen Friedensschluß gegenüber abzusehen.

Auch Fleisch wird in England rationiert.

Bern, 29. Jan. Der britische Ernährungsminister Lord Rhondda kündigt an, daß sofort Maßnahmen getroffen werden müssen, um die für die Heereskrafe bereits verordnete Zwangsrationierung vom 26. Februar an auch auf Fleisch auszudehnen. Die wöchentliche Fleischration, die bisher bei der freiwilligen Stationierung 900 Gramm betrug, soll für London auf 450 und für Kinder unter sechs Jahren auf 250 Gramm herabgesetzt werden. Das Kriegsamt hat mit einem großen Londoner Schlachthaus Vereinbarungen zur Verwertung kriegsbeschädigter Viehherden für den menschlichen Genuss getroffen.

Amerika erwartet Friedensvorschläge.

Berlin, 29. Jan. "Newark Times" meldet aus Washington: Um entsprechende Wirkung zu haben, müssen Berlins und Caenins ihren Reden noch bestimmte Vorschläge an die Abreise der amerikanischen Regierung folgen lassen, sonst sei alles Reden aussichtslos.

Caenin und Wilson.

Osago, 29. Jan. Staatssekretär Lansing brüllte keine Übersetzung zu der Meldung aus, daß ein Exemplar der Rede des Grafen Caenin an Wilson befördert worden sei, noch bevor sie in Österreich gehalten worden sei. Lansing erklärte, ein solches Exemplar nicht erhalten zu haben, weder vor der Veröffentlichung noch seitdem.

Was Orlando fordern soll.

Angano, 29. Jan. Die "Tribuna" legt Orlando nahe, was er auf der bevorstehenden Pariser Konferenz fordern soll: Die Dinge der Verförderung Italiens gefallen keine halben Maßregeln und keinen Aufschub mehr, darüber sind die Regierungen und Völker des Verbandes genügend aufgeklärt. Im Augenblick ist ein Abgrund zwischen dem Willen und dem Verständigen des italienischen Widerstandes offen: er kann nur durch schleunige Hilfe der Verbündeten gefüllt werden.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

* In der Weiterberatung der Wahlrechtskommission des preußischen Abgeordnetenhauses entstand eine längere Auseinandersetzung über die in der Presse lautgewordenen Vorwürfe, in der Kommission werde die Erledigung des Geheims verschleppt. Die Mehrheit der Kommission lehnte solche Vorwürfe als unberechtigt ab. Bei der dann fortgesetzten Beratung über die Herrenhausvorlage werden mehrere Anträge gestellt zur Vermeidung der Städte- und Landgemeindewertertreter. Minister des Innern Dr. Drews beantwortete eine Anfrage dahin, daß es bei der durchaus verschiedenen Stärke des Großgrundbesitzes in den einzelnen Provinzen nicht möglich sei, jeder Provinz die gleiche Grundbesitzverteilung einzuräumen.

Holland.

* Eine deutsche Gegenmaßregel stellen holländische Blätter in Aussicht. Sie berichten, die deutsche Regierung beabsichtige, aus Anlaß der mit Amerika bevorstehenden Abmachung (der Überlassung der in amerikanischen Häfen liegenden 80 Schiffe an die Vereinigten Staaten) alle niederländischen Fleedereien auf die schwarze Liste zu setzen. Die Folge wäre dann, daß die Schiffe keine deutschen Bunkerholzen mehr erhalten, was, wenn keine Kohle von anderwoher geliefert würde, darauf hinausläuft, daß die Schiffe nicht aussaufen können, sondern aufgelegt werden müssen.

Norwegen.

* Der Unwillen über die amerikanischen Befehlshandlungen spiegelt sich in der gesamten Presse wider. Selbst Blätter, die man nicht im Verdacht der Deutscherfeindlichkeit haben kann, äußern Bedenken, ob das Abkommen mit Amerika, das jetzt im Stortingshausschluß verhandelt wird, zustandekommen könne. Nur wenige Blätter raten zum unbedingten Eingehen auf das, was Amerika will, damit also eigentlich zu einer Selbstauslieferung an den Verbund. Norwegen mag, seiner Befürchtungen wegen, jetzt in einer schwierigen Lage sein, das ist nicht zu verkennen. Hätte aber Norwegen von Anfang an eine volle unbedingte Neutralität, in dem Sinne wie bisher Schweden, und im Zusammenhang damit manchmal eine kräftigere Sprache gegen die Feindmächte geführt, so könnte es jetzt anders auftreten. Die norwegischen Reeder wollten aber verdienen, und nichts als verdienen, und deswegen trat ein großer Teil der norwegischen Handelsflotte in den Dienst des Verbundes.

Lokale u. Vermischte Nachrichten.

Auszeichnungen vor dem Feinde.

* Destrich, 31. Januar. Der Musketier Johann Wilhelm von hier wurde wegen hervorragender Tapferkeit in den schweren Kämpfen in Flandern mit dem "Eisernen Kreuz" 2. Klasse ausgezeichnet.

* Winkel, 31. Jan. Der Landsturmann Josef Huber von hier erhielt in den heissen Kämpfen in Flandern wegen hervorragender Tapferkeit das "Eisernen Kreuz" 2. Klasse.

* Hattenheim, 31. Jan. Der Musketier Jakob Berg von hier wurde wegen besonderer Tapferkeit auf dem westlichen Kampffeld zum Gefreiten befördert.

Neue Markenhefte.

* Eltville, 30. Jan. Die Reichspostverwaltung gibt seit einiger Zeit neue Markenhefte heraus, die im Gegensatz zu früher, wo nur 15-Pfennig- und 7½-Pfennig-Marken zu haben waren, vier Sorten enthalten, und zwar zehn Marken zu 7½ Pf., zehn zu 15 Pf., fünf zu 5 Pf. und fünf zu 10 Pf. Der Preis ist also gleich geblieben, nämlich 3 Pf. Diese Markenzusammenstellung ermöglicht es, was bisher nicht möglich war, Doppelbriefe (25 Pf.) aus dem Markenhefte zu frankieren.

Kriegsvortrag im Raum. Verein Mittel-Rheingau.

* Destrich-Winkel, 31. Jan. Wir machen nochmals auf den heute Donnerstag abend 8 Uhr im "Hotel Germania" in Geisenheim stattfindenden Vortrag des Herrn Biefeldweber's aufmerksam. Biefeldweber Geisenheim ist ein Angehöriger des Fuß-Reg. von Gersdorff Nr. 80, Wiesbaden und zwar des Regiments, in welchem viele Rheingauer z. St. auch Kriegsdienste leisten. — Der Vortrag des Herrn Geisenheim war gestern abend in Wiesbaden außerordentlich stark besucht.

Beschaffung von Bindgarn.

* Rüdesheim a. Rh., 31. Jan. Zur Behebung des Mangels an Bindgarn ist die Bezugvereinigung der Deutschen Landwirte in Berlin bereit, altes Tauwerk jeder Art in die gleichen Mengen Bindgarn umzutauschen. Die Kriegswirtschaftsstelle Rüdesheim gibt gern über die näheren Bedingungen Auskunft. Gleichzeitig wird nochmals darauf hingewiesen, daß für das neue Erntejahr nennenswerte Mengen Bindgarn kaum zur Verfügung stehen. Die Notwendigkeit, von dem Angebot weitgehendsten Gebrauch zu machen, liegt demnach auf der Hand. Bei dem immer mehr zunehmenden Mangel an Arbeitskräften, der die mögliche Verwendung von Erntemaschinen notwendig macht, liegt es im ersten Interesse der Landwirte, jetzt schon für die Beschaffung von Bindmaterial Sorge zu tragen und die gebotenen Bezugsmöglichkeiten im vollen Maße auszunützen.

Säuglings-Zulagen.

* Rüdesheim a. Rh., 31. Jan. Zur Behebung des Mangels an Bindgarn ist die Bezugvereinigung der Deutschen Landwirte in Berlin bereit, altes Tauwerk jeder Art in die gleichen Mengen Bindgarn umzutauschen. Die Kriegswirtschaftsstelle Rüdesheim gibt gern über die näheren Bedingungen Auskunft. Gleichzeitig wird nochmals darauf hingewiesen, daß für das neue Erntejahr nennenswerte Mengen Bindgarn kaum zur Verfügung stehen. Die Notwendigkeit, von dem Angebot weitgehendsten Gebrauch zu machen, liegt demnach auf der Hand. Bei dem immer mehr zunehmenden Mangel an Arbeitskräften, der die mögliche Verwendung von Erntemaschinen notwendig macht, liegt es im ersten Interesse der Landwirte, jetzt schon für die Beschaffung von Bindmaterial Sorge zu tragen und die gebotenen Bezugsmöglichkeiten im vollen Maße auszunützen.

Die städtische Sparkasse Biebrich (Rhein).

teilt uns mit, daß sie in der Zeit vom 1. bis 6. Februar ausnahmsweise von 9—4 Uhr für den Publikumverkehr geöffnet ist. (Gewöhnliche Geschäftsstunden von 9—2½, Uhr.)

Rechtsauskunft für Landwirte

im Bezirk der Landwirtschaftskammer. Der Rechtsberstand der Landwirtschaftskammer Geh. Justizrat Lieber in Wiesbaden erteilt nicht nur allen Landwirten Auskunft in landwirtschaftlichen Rechtsangelegenheiten, sondern nach einer neueren Bekanntmachung auch Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen in Angelegenheiten ihrer Versorgung. Die Besuche sind unter ausführlicher Schilderung des Sachverhalts an die Landwirtschaftskammer zu richten.

Milch ist ein Heilmittel.

Das Reichsversicherungsamt hat diesen für die gegenwärtige Kriegszeit bedeutungsvollen Grundsatz aufgestellt. Eine Krankenklasse hat sich geweigert, einem schwer lungenkranken Versicherter die Kosten für eine ärztliche Bescheinigung über die Notwendigkeit, täglich einen Liter Milch zu erhalten, zu erstatte. Die Kasse war der Meinung, daß die Milch nicht Heilmittel, sondern nur Stärkungsmittel gewesen sei. In seiner endgültigen Entscheidung ist das Reichsversicherungsamt nicht dieser Ansicht beigetreten, sondern hat ausgeführt, daß dem Schwerkranken die Milch nicht etwa nur zur Erhaltung der Gesundheit, sondern zur Heilung oder wenigstens zur Linderung der Krankheit zu dienen bestimmt war. Sie stand mit der Krankenbehandlung in unmittelbarem Zusammenhang und war daher ein Heilmittel im Sinne der Reichsversicherungsordnung.

Kriegshilfslizenzen.

* Entsprechend den Grundsätzen für die Gewährung von Kriegshilfslizenzen aus Anlaß der Teuerung an die Soldbeamten im Ruhestand und ihre Hinterbliebenen werden jetzt auch den pensionierten Beamten der Heeresverwaltung und ihren Hinterbliebenen Kriegshilfslizenzen geahnt. Auch die pensionierten Offiziere und die Rentenempfänger und ihre Witwen und Waisen können ebenfalls mit laufenden und einmaligen Kriegshilfslizenzen bedacht werden. Für deren Bewilligung bei Rentenempfängern usw. kommt das Kriegsministerium, bei Rentenempfängern usw. das örtlich zuständige Stellvertretende Generalkommando in Frage.

Misbrauch der Feldpost.

* Gegen den Misbrauch der Feldpost zu gewerblichen Zwecken hat sich neuerdings bekanntlich das Kriegsministerium wie die Post gewendet. Von besonderem Interesse sind dazu die näheren Bestimmungen darüber, was als Sendung in gewerblichen Angelegenheiten zu betrachten ist. Derartige Sendungen von Nicht-bezugsangehörigen sind in der Regel nur dann rein gewerbliche Sendungen, wenn sie, wie Warenanfragen, den Bezugsangehörigen unaufgefordert zugehen. Ergeben sie sich aber aus schon angekündigten Geschäftsverbindungen oder geben sie von diesen aus, so geniehen sie Postvergünstigungen. Der Feldpost frei sind also Sendungen, die die Bezugsangehörigen bestellt haben, Wahrbriefe usw., ebenso wie die Bestellungen der Bezugsangehörigen selbst. Die Vergünstigung geniehen aber nicht Sendungen mit Waren zum gewerbsmäßigen Weitervertrieb im Felde und solche, die eigene gewerbliche Angelegenheiten der Bezugsangehörigen betreffen. Zu den vergünstigten Sendungen gehört aber auch der Schriftwechsel mit Banken, der die geschäftlichen Beziehungen zu Bezugsangehörigen betrifft. Sendungen, die neben rein gewerblichen Angelegenheiten auch rein persönliche Angelegenheiten betreffen, wie Rechnung der Ärzte mit Mitteilungen rein persönlicher Art, sind voll portofrei. Bei den Sendungen in gewerblichen Angelegenheiten von einberufenen Kaufleuten, Ärzten, Rechtsanwälten u. a. ist zu unterscheiden zwischen dem Schriftwechsel, den sie mit ihren Angehörigen und Bezugsangehörigen in Angelegenheiten der Geschäftsführung oder Berufstätigkeit führen und dem Schriftwechsel in ihren gewerblichen Angelegenheiten mit anderen Personen, insbesondere mit den Geschäftskunden. Die letzteren geniehen die Vergünstigung, die letzteren nicht.

Neue Höchstpreise für Bier.

* Neue Bierverordnungen. Das Kriegernährungsamt hat für das norddeutsche Brausteuergebiet neue Bestimmungen über den Stammwürzegehalt und den Herstellerpreis des Bieres erlassen. Bier, das auf Anfordern

der Heeres- oder Marineverwaltung an die Feldtruppen zu liefern ist, ist wie bisher angenommen. Dagegen sind in den Bereich der Regelung auch das obergärige Bier und die bierähnlichen Getränke (Ersatzbier) einbezogen worden. Bier (obergäriges und untergäriges) und bierähnliche Getränke dürfen nur mehr mit einem Stammwürzegehalt bis zu 8 % an Extraktstoffen hergestellt werden. Diese Einschränkung bezweckt, die Bierversorgung wegen der geringen Rohstoffmengen, die der Bierherstellung zur Verfügung gestellt werden können, möglichst zu strecken und eine gleichmäßige Versorgung der Brauindustrie zur Versorgung der Rüstungs- und Schwerarbeiter zu gewährleisten. Praktisch wird diese Begrenzung von der Brauindustrie mit verschwindenden Ausnahmen schon jetzt eingehalten. Der Herstellerhöchstpreis ist ohne Rücksicht auf den Stammwürzegehalt für untergäriges und obergäriges Bier einheitlich auf 28 Mark, für bierähnliche Getränke auf 21 Mark für 100 Liter festgesetzt worden. Die Höchstpreise gelten auch beim Verkauf durch am Ort der Herstellung ansässige Bierverleger, sonstige Vermittler oder Zwischenhändler sowie beim Verkauf nach dem Herstellungsort durch solche Personen. Noch nicht erfüllte, zu höheren Preisen abgeschlossene Lieferungsverträge gelten als zum Höchstpreis abgeschlossen. Bier und bierähnliche Getränke untereinander gemischt zu verkaufen ist ausdrücklich verboten worden.

Die Zwiebeln sind wieder da.

[...]: Aus Berlin berichten die dortigen Blätter, daß jetzt plötzlich Zwiebeln in großen Mengen unter der Hand geboten werden. Vor kurzem waren keine zu haben. Man forderte 1.60—2 Mark für das Pfund bei einem Höchstpreis von 32 Pf. Jetzt ist man beiderdeutiger geworden. Am Montag konnte man schon "Bollen" für 1 Mark und am Dienstag bereits für 80 Pf. pro Pfund erhalten. Über auch dieser Preis ist unverschämt hoch, wenn man berücksichtigt, daß sie früher 8—10 Pf. kosteten und daß sie sich jetzt bei dem Wetterumschlag nicht halten. Zwiebeln, die Frost bekommen haben, verderben leicht.

Wiederum kein 1/2-Pfennigstück.

* Auf eine Anfrage hat der Staatssekretär des Reichs- schatzamtes mitgeteilt, daß er der Anregung auf Prüfung eines 12½- oder 1½-Pfennigstückes schon aus präzentechnischen Gründen zur Zeit nicht näherzutreten vermag.

Eisenbahnunfall bei Mainz.

[*] Mainz, 30. Jan. Im Bahnhof Uhlerborn stieß infolge falscher Weichenstellung bei dichtem Nebel der Personenzug 1143, der von Köln nach Mainz unterwegs war, auf einen Rangierzug auf. Mehrere Personen wurden schwer verletzt.

Zum Eisenbahnunglück bei Korn.

(1) Kreisgrätz, 29. Jan. An der Eisenbahnunfallstelle bei Korn an der Nahe fanden Taucher die Reste eines noch bei dem Schlammtreckenden D-Bugwagens; unter den Trümmern lagen drei Leichen. Es werden von Angehörigen noch zahlreiche Offiziere gesucht, die sich an dem Unglücks- tag auf der Reise nach der Heimat befanden, seither aber nichts wieder von sich hören ließen.

Beim Handel mit Schleichware abgesetzt.

* Bingen, 30. Jan. Eine Händlerin und Bauerfrau aus Sieversheim bei Alzey hat seit längerer Zeit schon

einen Handel mit Schleichware und zwar Butter, Eier, Kalbfleisch, Schweinefleisch, Weichfleise usw. betrieben. Diese Lebensmittel wurden von ihr in Bingen abgesetzt. Als nun die Frau dieser Tage wieder einmal dem von Alzey ein- tretenden Hugen entstieg, wurde sie von dem Gendarmerie- wachtmeister an der Bahn hier abgesetzt. Ihre ganze Vor- rat an Waren wurde beschlagnahmt. Sie hat die Lebensmittel nach eigenen Angaben zu folgenden Preisen in Bingen verkauft: Butter 12—18 Pf. das Pf., Eier zu 1.00—1.20 Pf. das Stück, Kalbfleisch zu 5 Pf. das Pf., Schweinefleisch zu 6—7 Pf. das Pf., Weichfleise zu 75—80 Pf. das Pf.

Die Stadtverordnetenversammlung

in Höchst a. M. lehnte den sozialdemokratischen Antrag auf Einführung einer freizeitlicheren Gemeindeverfassung (Frauenstimmrecht, Abschaffung des Besitzervorrechts und des Dreiklassen-Wahlsystems) ab.

Zahlreiche Eisenbahndiebstähle

sind von einer ganzen Anzahl von Dieben, die teilweise zu den Bahnbeamten gehören, durch die Entdeckung eines ganzen Lagers gestohlene Gegenstände bei den nächst der Station Luisa bei Darmstadt wohnenden Bahnhofsschaffern Marquard und Danner festgestellt worden. Mehrere Wagen mit gestohlenen Kleidern, Spangen, Schmuckstücken, Lebensmitteln, Konserven usw. konnten aus den Wohnungen der beiden Verhafteten fortgebracht werden. Anscheinend sind noch weitere Verhaftungen von Hohlern und Vermittlern zu erwarten.

Felssturz bei Eppstein.

Oberhalb des Dorfes löste sich an einem Berge infolge des Tauwetters ein gewaltiger Felsblock los und stürzte in die Tiefe. Die Gesteinsmassen, etwa 2000 Zentner, sperrten die Hauptstraße. Menschenleben waren glücklicherweise nicht zu beklagen; auch Materialschaden wurde nicht angerichtet.

Preisausschlag bei Weinverkauf.

(?) Köln, 30. Jan. Die Preisprüfungsstelle billigt für den "Weinverkauf im Gasthof" einen Bruttogewinn- ausschlag von 100 Prozent zu, sagen zwei Sachverständige gelegentlich eines Prozesses gegen einen Wirt, der wegen übermäßigen Gewinns beim Weinverkauf angeklagt war. Unter Berücksichtigung besonderer Umstände, wie in einem Konzertlokal, würden 110—120 Prozent als nicht übermäßig angesehen. Der Angeklagte nahm Aufschläge bis 150 Prozent. Ein dritter Sachverständiger war der Ansicht, daß auch hierbei kein übermäßiger Preis erzielt worden sei. Vor dem Kriege habe der Wirt schon 100 Prozent Aufschlag nehmen dürfen. Der Amtsanwalt betonte, daß der Geldwert hierbei eine große Rolle spielt. Wenn der Wirt früher für Wein eine Mark zahlte und 100 Prozent Verdienst nehme, so verdiente er eine Mark. Beim heutigen Einsatz von 3 M. aber verdiente er bei 100 Prozent 3 M. Der Antrag lautete auf 300 M. Geldstrafe, die Strafammer erkannte freisprechend.

Eine Frau mit zwei Männern.

Die Frau eines Kriegsteilnehmers in Elrich, der bereits in den ersten Kriegsmonaten als vermisst gemeldet wurde, hat sich nach zweijährigem vergeblichen Warten auf

ein Lebenszeichen ihres Mannes wieder verheiratet und ihrem zweiten Manne vor kurzem ein Kind geschenkt. Jetzt ist von ihrem totegläubigen ersten Manne die Nachricht eingetroffen, daß er noch am Leben sei und sich in französischer Gefangenschaft befindet.

* Die Gemeinde Mahlsdorf um 100 000 Mark betrogen. Einem rassinierten Lebensmittelgeschäft ist die Gemeinde Mahlsdorf bei Berlin zum Opfer gefallen. Im Mai vorigen Jahres wurde ihr von einer Firma Wendehorst in Wien ein großer Posten Wurst, Speck und Käse angeboten. Die Gemeinde ließ sich auf das Geschäft ein und zahlte 50 000 Mark an; dazu traten noch weitere 50 000 Mark Unkosten. Mahlsdorf hat aber die Ware nicht zu haben bekommen und das schöne Geld auch nicht mehr. Jetzt soll der Gemeindevorsteher für den Abfall haftbar gemacht werden, weil er das Unternehmen ohne Bezugnahme des Notstandsausschusses einging.

* Haarspende für die Opfer der Hochwasser- katasrophe. Der Kaiser hat dem Oberpräsidenten der Oberpfalzprovinz zur Bindung der ersten Not bei den Hochwasserschäden im Nahetal eine weitere Spende von 50 000 Mark zugeschenkt lassen.

* Ein deutsches Erfindungsinstitut. Eine gemeinnützige Organisation der Erfindertätigkeit in Deutschland ist das Ziel einer Gesellschaft, die in Biebrich begründet wurde. Das deutsche Erfindungsinstitut bezweckt die Förderung deutscher technisch-schöpferischer Arbeit durch Auslese und Förderung erforderlicher gebarter Geschäftlichkeiten sowie durch Unterstützung brauchbarer Erfindungen durch Geldmittel, technische und Rechtsberatung, ferner durch die Weiterleitung der Erfindungen an Heer und Marine, Industrie und Gewerbe.

* Der erste Ehrendoktor der Tierheilkunde. Der ordentliche Honorarprofessor an der Tierärztlichen Hochschule Dresden, Geb. Medizinalrat Professor Dr. Edelmann, vortragender Rat im Sächsischen Ministerium des Innern, wurde von der durch die ordentlichen Professoren der Tierärztlichen Hochschule zu Dresden verstärkten medizinischen Fakultät der Universität Leipzig zum Dr. med. vet. h. c. ernannt. — Er ist der erste Ehrendoktor der Tierheilkunde in Deutschland.

* Eisenbahnzusammenstoß bei Augsburg. In der Station Jettingen bei Augsburg stießen infolge Nichtbeachtung eines Einfahrtssignals zwei Güterzüge aufeinander. Beide Wagen entgleisten und ein Wagen verbrannte. Der Materialschaden ist sehr groß.

* Ein Verbot des Fällens von Eichen hat das Stellvertretende Generalkommando des sechsten Armeekorps erlassen. Durch eine Anordnung wird das Fällen von Eichen in Eicheschlagswaldungen sowie in sonstigen Niederwaldbeständen mit starker Eichenbeimischung, die in zehn bis vierzigjährigem Umlauf bewirtschaftet werden, mit Gefängnisstrafe bis zu einem Jahre bzw. Geldstrafe bis zu 1500 Mark bedroht.

* Soldaten und Matrosen als Banknotenfälscher. In Petersburg wurde auf Befehl des Smolny-Instituts eine ganze Bande von Banknotenfälschern, die in einer Kaserne ihre Fabrik eingerichtet hatten, verhaftet. Die Fälscher sind durchweg Soldaten und Matrosen. 15 Matrosen und 8 Soldaten wurden nach dem Klappengefängnis gebracht.

Verantwortlich: Adam Etienne, Oestrich.

Gen.-Reg. 29—71—

Bekanntmachung.

In unser Genossenschaftsregister ist heute bei dem Winkelser Darlehnskassenverein G. G. m. u. H. in Winkel folgendes eingetragen worden:

"Das Vorstandsmitglied Michael Herbe ist gestorben. An seine Stelle ist der Viehgermeister Wilhelm Ottes in Winkel am Rhein getreten."

Rüdesheim a. Rh., den 31. Dezember 1917.

Königliches Amtsgericht.

Spar- u. Leihkasse zu Geisenheim

einget. Genossenschaft mit beschr. Haftpflicht

— 2 Lindenplatz 2 —

Geschäftsstelle in Hallgarten im Rheingau

Giro-Konto bei der Reichsbank und der Landesbankstelle in Rüdesheim und der Dresdner Bank in Frankfurt a. M. u. Berlin Postcheckkonto Nr. 492, Frankfurt a. M.

Fernsprecher Nr. 60, Rüdesheim a. Rh.

Rattenstunden während des Krieges: nur an Werktagen von 8—1 Uhr vormittags empfiehlt sich zur

provisionsfreien Ausführung sämtlicher in das Bankbuch einschlagenden Geschäfte

zu den vorteilhaftesten Bedingungen.

Annahme von Spareinlagen von Jebermann.

Verzinsung bis zu 4% je nach Rendigung.

Einzahlungen und Überweisungen auf unser Postcheckkonto sind gebührenfrei.

Vermietung eiserner Schrankächer (von Mh. 4.— an) in unserem feuer- und diebstahlsicheren Panzerschrank unter Selbstverschluß der Mieter.

Kostenlose Aufbewahrung und Verwaltung von Wertpapieren.

Strenge Verschwiegenheit aller Geschäftsvorgänge, auch Behörden gegenüber.

Schüler, deren Versetzung gefährdet ist, sollten jetzt sofort bei uns angemeldet werden, da sie sonst ein volles Jahr verlieren. Wir beflecken durch individuellen Unterricht in kleinen Klassen die vorhandenen Lücken und bringen die Schüler bis zur Einj. u. zur Abit.-Prüfung vorwärts. — 25 Lehrkräfte. — Hervorragende Erfolge: Es bestanden in Jahresfrist 44 Schüler die Prüf. für Reine, Sekunda usw.; 22 für das Einj., 6 für das Kadettenkorps, 5 für Höhnerchirurgie und 5 für Abitur, insges. 82. — Anerkennungen aus ersten Kreisen. — Hochzügliche Versiegung der Schüler. — Prüf. nach Vorlage des letzten Zeugn. Reform.-Institut, Kehl a. Rh.

Atelier für mod. Fotografie

Schusterstr. 28 MAINZ Schusterstr. 28
Moderne Fotos, Fotoskizzen, Gruppenbilder, Heimaufnahmen, Vergrößerungen nach jedem Bild. Großes Lager in Bresch und Aukläger. Aufnahmen dazu gratis.

12 Postkarten v. Mh. 2.50 an, 12 Fotos 50 Pf. 12 Fotos Mh. 1.

Reisepassbilder sofort. Ausführung.

Aufnahme bei jed. Willkür, bis abends 9 Uhr. Sonntags v. vorm. 10 bis mit 2 Uhr geschlossen. Mektr. Kopieranstalt. Entwicklung von Film u. Platten u. Abzüge auch für Feld.

Deutsche Warte Herausgeber A. Damaschke.

Illustrierte Tageszeitung, seit 29 Jahren bestehend, vertritt alle auf eine Neugestaltung deutscher Kultur hinzielenden Reformbestrebungen (Organ des Hauptausschusses für Kriegerheimstätten) enthält wertvolle Leitaufsätze führender Männer aller Parteien über Zeit- und Lebensfragen, berichtet schnell und sachlich über alle wissenschaftlichen Vorkommnisse und liefert ihren Lesern außer einer täglichen Unterhaltungsbeilage noch sechs Beiblätter:

Ratgeber für Kapitalisten, Land- und Hauswirtschaft, Gesundheitswarte, Rechtswarte, Grenzwarte, Frauenzeitung und Jugendwarte.

Der Bezugspreis beträgt monatlich nur 1 Mark (Bestellgeld 14 Pf.). Feldpostbezug monatl. 1.35 M.

Probenummern kostenfrei durch den Verlag Berlin NW 6.

Militärische Gesuche

Befreiung, Urlaub, Aufzürkellung, Entlassung, Versetzung, Throngesuch, Schriftsätze an alle Behörden m. groß.

Erfolg d. Rechtsbüro Gullich, Wiesbaden.

Ahnenstr. 60, Glz. Dankchr. Ausw. br.

Auskunft: Unterstüzung, Hilfsdienst usw. Auswärts brief.

Fremdenbücher

in Hotels und Gasthäuser, gebunden und ungebunden, liefert die Buchdruckerei des

Rheingauer Bürgerfreund.

Arbeiter u. Arbeiterinnen

nimmt ständig an Chemische Fabrik, Winkel.

Eine gebrauchte Konzertzither

lauft.

Gf. Oestrich, Rheinstr. 14.

Piano's

stimmt und repariert

Wilh. Müller, Mainz

Kgl. Spanischer und Luxemburger Hof-Piano-Fabrik.

Gegr. 1843. Tel. 44, Münsterstr. 10.

Psähle, sowie Weinbergs-

stücke, kanisierte und imprägnierte 1.50 m, 1.75 m,

2 m lange Baumstüzen,

kanisierte und imprägnierte;

große Auswahl kanisierte und

imprägnierte Psödöde,

von 1.50—3 m und höher, von

Bspf 5—12, zu haben bei

Gregor Dillmann,

Geisenheim am Rhein.

Leipziger Pelze

Prachtvolle Alaska- u. Blau-

schuchs-Garnituren, auch einzelne Krägen und Mütze billig

zu verkaufen bei

A. Pietsch, Frankfurt a. M.

Brannheimerstraße 21, part.

Abreisskalender

wieder vorrätig

Buchdruckerei des

Rheingauer Bürgerfreund.

Die Tabakpflanze

Anbau u. Verarbeit. d. Rauchtabak.

Leichte Anleitung. f. d. Laien.